

## **Antrag**

der **Fraktion DIE LINKE**

**Thema: Einführung einer Positivliste für Medikamente bis Ende 2010**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sich im Bundesrat oder auf andere geeignete Weise dafür einzusetzen,

dass eine Positivliste für Medikamente erarbeitet und als Grundlage für die medizinische Therapie in der Bundesrepublik bis Ende des Jahres 2010 eingeführt wird.

### **Begründung**

Die in Deutschland 1992 im „Gesundheitsstrukturgesetz“ erstmalig geplante Einführung einer Positivliste ist trotz mehrerer Anläufe bis heute nicht realisiert worden. Der Entwurf eines Arzneimittel-Positivlistengesetzes (AMPoLG) wurde zuletzt 2003 zurückgestellt. In den meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, unter anderem in Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Schweden, wird eine Positivliste gepflegt. In der Schweiz existiert mit der sog. Spezialitätenliste ebenfalls eine abschließende Positivliste für Arzneimittel.

Jahr für Jahr steigen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland für Medikamente. Die jährlichen Kosten lagen 1999 noch bei rund 18,5 Mrd. Euro, 2008 jedoch wurden bereits 27 Mrd. Euro für Arzneimittel ausgegeben.

Die Positivliste soll alle zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verordnungsfähigen Arzneimittel umfassen. Da gegenwärtig von der Regierungskoalition im Bund über weitere Reformschritte im Gesundheitswesen beraten wird, sollte das Problem einer Positivliste erneut Verhandlungsgegenstand sein. Inzwischen sprechen dafür nach Auffassung der Antragstellerin auch solche Fakten wie der erhebliche Anstieg der Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Medikamente sowie die wachsenden Gewinne der Pharmabranche. Dass überhaupt neu zugelassene Medikamente nach der gegenwärtigen Gesetzessituation sofort zwingend von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt werden – und zwar zu Preisen, die die Industrie diktiert – kann nicht länger hingenommen werden.

Dr. A. Hahn  
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 3. März 2010

Eingegangen am: \_\_\_\_\_

Ausgegeben am: \_\_\_\_\_